

Schluss mit der Trickserei

VON MAXIMILIAN PLÜCK

Natürlich ist von einer Landesregierung bei ihrer Arbeit Kreativität gefragt. Zumal in der aktuellen Krisensituation. Allerdings hat es Schwarz-Grün dabei übertrieben. Denn die Kreativität darf nicht so weit gehen, dass Mittel in Milliardenhöhe mit Tricksereien schuldenfinanziert beschafft werden, um sich weiterhin mit dem Label „Einhaltung der Schuldenbremse“ schmücken zu können. Dass es sich um Tricks handelte, dafür gab es früh Anzeichen. Ministerpräsident und Finanzminister sprachen davon, verbliebene Mittel aus dem Corona-Rettungsschirm zur Abfederung der Energiekrise einsetzen zu wollen. Erst nach der Ankündigung wurden die Kredite überhaupt erst aufgenommen.

Besonders schleierhaft ist bei dem ganzen Vorgang, dass ausgerechnet der fachlich höchst anerkannte Finanzpolitiker Marcus Optendrenk meinte, Mittel umwidmen zu können, für die das Parlament einen ganz klaren Zweck formuliert hatte. Es reicht am Ende nicht, in Reden die Haushaltspolitik als die Königsdisziplin des Parlaments zu bezeichnen und anschließend darauf zu pfeifen.

Es ist gut, dass die Parlamentarier die Landesregierung mit diesem Vorgehen nicht haben davon kommen lassen. Es ist gut, dass der Landesrechnungshof in seltener Schärfe von Verfassungswidrigkeit gesprochen hat. Das erspart am Ende der Regierung Wüst eine noch größere Niederlage vor dem Gerichtshof in Münster. Nun wird das Land beweisen müssen, dass es bei der Verwendung der fünf Milliarden Euro sorgsamer ans Werk geht als bei der geschweherten Ursprungslösung. Denn der Landesrechnungshof hatte schon bei der Verwendung der Corona-Mittel bemängelt, dass es dabei zu massiven Verstößen gekommen war. Das befeuert die Sorge, dass das Land in Sachen Rettungsschirm für die Energiekrise ähnlich verfahren könnte.

Der teuer erkaufte kleine Katar-Deal

VON ANTJE HÖNING

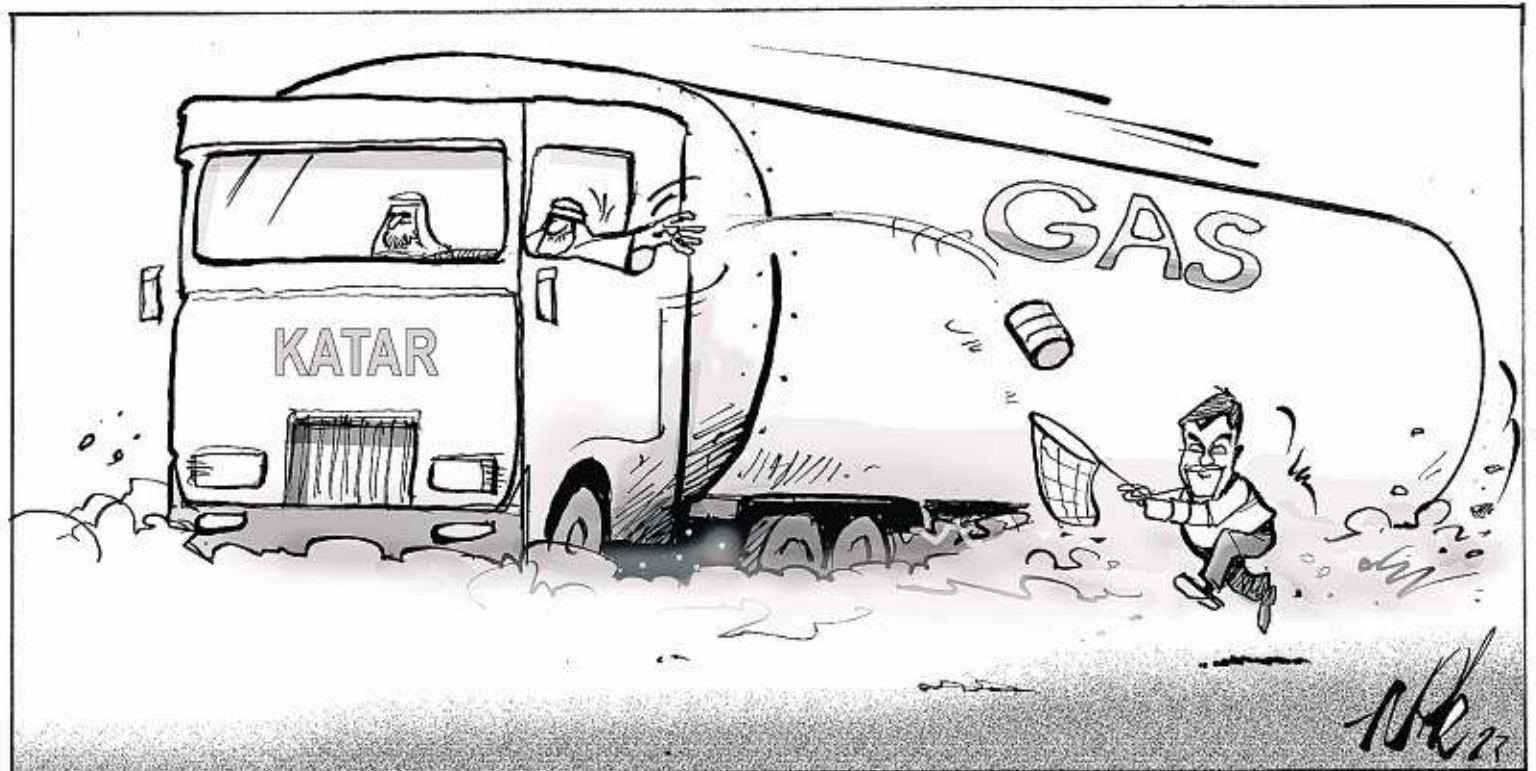
Bei seinem Besuch im März hatte sich Robert Habeck tief vor dem Handelsminister von Katar gebeugt. Auf der Suche nach neuen Lieferländern für Gas machte der Wirtschaftsminister einen Bückling in dem Land, das Menschenrechte missachtet, Frauen als Menschen zweiter Klasse behandelt und Homosexualität verbietet. Habecks Verhalten kann man prinzipienlos nennen oder pragmatisch, es hat jedenfalls Folgen: Katar verpflichtet sich, 15 Jahre lang Flüssiggas nach Deutschland zu liefern.

Was man Habeck vorwerfen kann: Gemessen am geringen Beitrag, den Katar leistet, fiel die Verbeugung reichlich übertrieben aus. Die Dimension des Deals ist nämlich überschaubar. Der Wüstenstaat liefert erst ab 2026 und dann auch nur im Umfang von drei Prozent des deutschen Verbrauchs. Von einer Soforthilfe für den Winter kann also keine Rede sein. Anlass für Jubel besteht nicht. Was man Habeck aber nicht vorwerfen kann, ist, dass er überhaupt Gas aus Katar möglich macht. Es waren nicht die Grünen, die Deutschlands Energieversorgung an Russland gekettet haben – das waren Schröder und Merkel. Nun zahlen wir den Preis, um uns aus der Abhängigkeit zu befreien.

Die Verlogenheit ist auf allen Seiten groß: Man kann nicht wie die Umwelthilfe Flüssiggas-Importe attackieren – und zugleich Gasfelder in der heimischen Nordsee bekämpfen. Man kann nicht wie CDU und Grüne gegen heimisches Fracking sein – aber gerne Fracking-Gas aus den USA kaufen. Auch der Hinweis auf die Klimaziele sticht nicht: Bis Deutschland 2045 klimaneutral ist, wird es noch viel Erdgas als Brückentechnologie brauchen, zu weit hinken wir beim Ökostrom-Ausbau hinterher. Zu den Verlogenheiten der Energiepolitik gehört auch, dass (fast) jeder Klimaschutz toll findet, aber keiner ein Windrad oder einen Stromkonverter vor der Haustür haben will. Willkommen auf dem harten Boden der Realpolitik.

RHEINISCHE POST

Herausgeber: Florian Merz-Betz, Martin Ebel, Tilman Droste. Geschäftsführung: Johannes Werle, Hans Peter Bork, Matthias Körner. Chefredakteur: Moritz Döbler. Stellvertretender Chefredakteur: Horst Thoren; Newsmanagement: Tanja Brandes, Marcel Jarjour, Rainer Leurs, Martina Stöcker; Verantwortliche Editoren: Digitaldesk: Henning Bulka, Carola Sedentop (Vertretung); Printdesk: Dr. Frank Vollmer, Laura Ihme (Vertretung); Chef vom Dienst: Ulrich Schwenk; Politik/Meinung: Dr. Martin Kessler; Bundespolitik: Kerstin Münstermann; Landespolitik: Maximilian Plück; Wirtschaft: Dr. Antje Höning; Kultur: Dr. Luthar Schröder; Sport: Stefan Klüttermann; Leitende Redakteure: Martin Bewerunge (Modernes Leben), Henning Rasche (Autor), Chefredakteur: Dr. Gregor Mayntz (Europapolitik), Chefredakteur: Christian Schwerdtfeger (NRW), Reinhard Kowalewski (Wirtschaft), Gianni Costa und Jannik Sorgatz (Sport); Region: Nicole Lange (Düsseldorf), Denisa Richters (Mönchengladbach), Frank Kirschstein (Neuss), Dr. Jens Voß (Krefeld), Tobias Dupke (Hilden), Ludwig Krause (Kleve), Tim Harpers (Wesel), Guido Radtke (Remscheid). Verlagsgeschäftsführer: Matthias Körner (verantwortl. Anzeigen). Vertrieb: Georgios Athanassakis. Werbeverkauf: Benjamin Müller-Driemer. Verlag: Rheinische Post Verlagsgesellschaft mbH, Druck: Rheinische Bergische Druckerei GmbH, Sitz von Verlag, Redaktion und Technik: Pressehaus, 40196 Düsseldorf, Zulpicher Straße 10, Telefon 0211 5050, Telefax 0211 505-2575. Die Zeitung im Internet: www.rp-online.de und www.rp-online.de/epaper. Bei Nichtbelieferung ohne Verlagsverschulden, bei Arbeitskampf und höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Es gelten die aktuelle Preisliste Nr. 86 vom 1.1.2022 sowie unsere Allgemeinen und zusätzlichen Geschäftsbedingungen (www.rp-online.de/agb).



MILDE GABE

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

ANALYSE Bisher spielte der iranische Revolutionsführer Chamenei bei den Protesten gegen das theokratische System auf Zeit. Nun geht er brutal gegen die Demonstranten vor. Doch es gibt Widerstand in der Elite des Landes.

Mit aller Härte

VON THOMAS SEIBERT

Ajatollah Ali Chamenei will keinen Dialog mit der Protestbewegung im Iran. Das machte er jetzt mehr als deutlich. Mit seiner harten Linie setzt sich der 83-jährige Chef der Islamischen Republik über Bedenken im Staatsapparat hinweg und legt das Regime auf eine harte Antwort auf die landesweiten Demonstrationen fest. Für ihn sind die Demonstranten willige oder unwissende Werkzeuge des feindlichen Auslands, die bekämpft werden müssen.

Am Wochenende lobte Chamenei, der mächtigste Mann im Land, erstmals ausdrücklich die Mitglieder der Basidsch-Miliz, die zur Revolutionsgarde gehört und vom Staat gegen die Proteste eingesetzt wird, als opferbereite Patrioten. Vereinzelt Forderungen aus der iranischen Elite nach Mäßigung weist er zurück. Im Gegenteil: Mehr Gewalt ist zu erwarten. Denn auch Präsident Ebrahim Raisi kündigte an, gegen die Unruhen werde „entschieden vorgegangen“. Teheran wirft dem Westen vor, in den Aufstand gegen die Islamische Republik verwickelt zu sein. Das iranische Außenamt bestellte sodann auch am Montag zum dritten Mal seit Beginn der Proteste den deutschen Botschafter ein, um sich über die Haltung der Bundesregierung zu beschweren.

Seit Beginn der Protestwelle nach dem Tod der 22-jährigen Mahsa Amini im Gewahrsam der Religionspolizei am 16. September sind nach Zählung der Menschenrechtsgruppe Iran Human Rights bei Straßenschlachten mindestens 416 Zivilisten im Iran getötet worden, mehr als 10.000 wurden festgenommen. Die Demonstranten fordern mehr Freiheit und die Abschaffung der Theokratie.

Doch Chameneis kompromisslose Linie ist innerhalb der iranischen Elite offenbar nicht unumstritten: Nach Berich-

ten von Oppositionsmedien hatte der frühere Präsident Mohammad Chatami in einem Brief an den Revolutionsführer für begrenzte politische Reformen geworben. Chamenei habe Chatamis Initiative aber ignoriert. Selbst eine Nichte des Revolutionsführers, Farideh Moradchani, kritisierte die Politik ihres Onkels in einem Video scharf und rief die internationale Gemeinschaft auf, alle Kontakte zum Regime abzubrechen. Nach Angaben ihres in Frankreich lebenden Bruders wurde Moradchani vorige Woche festgenommen.

Die Androhung von mehr Gewalt schreckt die Demonstranten nicht ab. Nach Berichten über Streiks und Kundgebungen am Wochenende wurden am Montag aus der Hauptstadt Teheran neue Proteste gemeldet. Mit besonderer Härte unterdrückt das Regime die Proteste im nordwest-iranischen Kurdengebiet, der Heimat von Mahsa Amini. Einheiten der Revolutionsgarde mit schweren Waffen wurden in den vergangenen Tagen in die Gegend verlegt. Zudem nahm der Iran erneut die Stellungen kurdischer Gruppen im benachbarten Irak unter Beschuss; Teheran wirft ihnen vor, die Unruhen im Iran zu organisieren.

Als feindseligen Schritt des Auslands wertet Chameneis Regierung auch die Entscheidung des UN-Menschenrechtsrates, den Gewalteinsatz des iranischen Staates gegen die Demonstranten zu untersuchen. Außenminister Hossein Amirabdollahian wies den Beschluss als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Iran zurück. Sein Ministerium erklärte am Montag, Teheran werde nicht mit der UN-Untersuchung zusammenarbeiten. Ministeriumssprecher Nasser Kanaani sagte, seine Regierung habe konkrete Beweise für eine Verwicklung westlicher Staaten in die Organisation der Unruhen. Welche Beweise das sein sollen, sagte er nicht.

Deutschland steht im Zentrum der

INFO

Regime äußert sich erstmals zu Todesopfern

Opferzahlen Erstmals hat ein iranischer General im Zusammenhang mit den anhaltenden systemkritischen Protesten in dem Land von vielen Todesopfern gesprochen. General Amir-Ali Hadschisadeh, der Kommandeur der Luft- und Raumfahrtabteilung der iranischen Revolutionsgarde, sprach in einer Rede von mindestens 300 Toten, wie ein Video des Onlineportals Tabnak am Dienstag zeigte. Er erwähnte dabei auch Märtyrer – gemeint sind damit getötete Sicherheitskräfte und Polizisten.

Vorwürfe Hadschisadeh machte zudem erneut Irans Feinde für die Proteste verantwortlich. Neben den USA nannte er auch Deutschland und Frankreich. Bereits in den vergangenen Wochen hatten Militär und Politik die Schuld auf das Ausland geschoben.

Andere Angaben Bisher hatten vor allem Menschenrechtler die Zahl der Todesopfer bei den Protesten dokumentiert. Die in den USA ansässige Organisation Human Rights Activists News Agency etwa ging in einer jüngsten Schätzung von mindestens 450 getöteten Demonstranten aus, darunter sollen auch 64 Kinder sein. Außerdem sollen 60 Sicherheitskräfte ums Leben gekommen sein. (dpa)

Ajatollah Ali Chamenei

FOTO: IMAGO



Kritik des Regimes am Ausland. Bei der Einbestellung von Botschafter Hans-Udo Muzel am Montag wurde der Diplomat nach Angaben des iranischen Außenministeriums mit „haltlosen“ Äußerungen deutscher Regierungspolitikern zu den Protesten konfrontiert, die sich im Iran einmischten. Der Botschafter musste sich auch Kritik an der deutschen Initiative für die Sitzung des UN-Menschenrechtsrates anhören.

Doch trotz seiner harten Linie: Die Grundprobleme der Islamischen Republik wird Ajatollah Ali Chamenei damit nicht lösen können. Der absolute Herrschaftsanspruch der Mullahs verhindert einen Austausch mit einer jungen Bevölkerung, die anders als Chamenei nicht von der Erfahrung der islamischen Revolution von 1979 geprägt wurde. Der 83-Jährige kann jungen Iranerinnen und Iranern, die mehr persönliche Freiheit und Selbstbestimmung fordern, nichts anbieten.

Nun wird es darauf ankommen, wie weit andere mächtige Akteure im System dem greisen Revolutionsführer folgen werden und ob sich die Demonstranten mit Schlagstöcken, Tränengas und scharfer Munition von den Straßen vertreiben lassen. Die Protestbewegung hat eine breitere gesellschaftliche Basis als frühere Aufstände. Der Staatsapparat könnte wie schon in der Vergangenheit versuchen, bestimmte Bevölkerungsgruppen gegen andere auszuspielen, etwa die eher fromme Unterschicht gegen die urbane Mittelschicht. Doch auch konservative Iraner sind empört über die Korruption der Herrschenden.

Für Chamenei indes gibt es kein Zurück. Er hat die Islamische Republik 1989 von ihrem damals verstorbenen Gründer Chomeini übernommen und wird keine Zugeständnisse machen, die auf einen Machtverlust der Geistlichen hinauslaufen. Deshalb haben Reformvorschläge wie die von Ex-Präsident Chatami bei ihm keine Chance. Der Revolutionsführer wird sein Ziel dann als erreicht ansehen, wenn Grabesruhe im Land eingeleitet ist.

WISSENSDRANG

Annalena Baerbock ist mit ihren Slogans der „wertegeleiteten Außenpolitik“ und „feministischen Außenpolitik“ derzeit die beliebteste Politikerin. Wie ist diese Verehrung moralischer Phrasen zu erklären? Mit Naivität? Aber wir wissen ja, dass es Worte, nicht Taten sind. Wenn Baerbock zu Kriegsbeginn die deutsche Vergangenheit bemüht, als Grund, die Ukraine nicht zu unterstützen. Wenn sie zum Aufstand der Frauen im Iran schweigt. Wenn sie nichts gegen Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien einzuwenden hat. Wenn sie... Warum sind wir so angegan von dem moralischen Kitsch? Weil wir vor den politischen Realitäten zurückschrecken? Nietzsche klagte schon vor 150 Jahren über „Begriffshalluzinationen“ wie die „Würde der

Phrasen in der Außenpolitik

Wohlmeinende Begriffe, die nur schönreden, verändern die Realität nicht.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

Arbeit“. Er hielt es für eine Charakterchwäche, sich die Tatsache schönzureden, dass Wissenschaft und Kunst auf der Ausbeutung der Arbeiter beruhten. Nietzsche zog die Ehrlichkeit der Griechen vor, sich zur Sklaverei als einer schrecklichen, aber unverzichtbaren Praxis zu bekennen. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Nietzsche kritisierte nicht die Ausbeutung, sondern nur ihre Beschönigung. Er votierte gegen die Verkürzung der Kinderarbeitszeit. Da ziehe ich die Haltung vor, die Bernd Ulrich in der „Zeit“ formuliert hat: lieber Doppelmoral als gar keine Skrupel. Und doch sollten wir uns fragen: Haben moralische Halluzinationen in der Außenpolitik etwas zu suchen? Eine Außenministerin vertritt die deutschen Interessen. Dazu müssten

diese aber erst einmal klar bestimmt werden, wie das Beispiel China zeigt: Der Aufstieg der Volksrepublik ist Resultat einer sehr langfristigen Strategie mit klar formulierten Zielen. Die deutsche Politik hingegen war sehr lange eine moralisch bemäntelte Wirtschaftsaußenstelle. Das ist mit der Russlandpolitik deutlich gescheitert. Um deutsche und europäische Interessen verteidigen zu können, müssen wir sie anerkennen. Anstatt uns hinter der Illusion zu verstecken, Politik wäre ein selbstloses Handeln für das Wohlergehen aller Kinder in dieser Welt.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.